

um die Kompensation des Arbeitgeberanteils zur Pflegeversicherung zum Opfer gefallenen Buß- und Bettags scheinen diese Regel bestätigen zu wollen. Republikweit wurde vom regen Gottesdienstbesuch am 22. November 1995 berichtet. Gelegentlich hatte der mit Ausnahme von Sachsen nun gewöhnliche Werktag gar mehr Christen in die Kirchen gelockt, als es der arbeitsfreie Buß- und Bettag früherer Jahre vermocht hatte. Die demonstrative Wertschätzung für das Verlorene bediente sich dabei teilweise äußerst kreativer Ausdrucksformen: von Kurzandachten für Berufspendler in der Bahnhofshalle bis hin zur „Tempeltour“ der Evangelischen Jugend Hamburgs, einem Besinnungsmarsch durch die Fußgängerzone der Hansestadt.

Evangelische Bischöfe und Kirchenpräsidenten warnten in ihren Predigten erneut, religiöses und kulturelles Leben dürfe nicht ganz dem Diktat ökonomischer Rationalität geopfert werden. Die Klage, die Streichung des Bußtages sei Ausdruck und Zeichen problematischer Tendenzen und Störungen des gesellschaftlichen Lebens überhaupt, wurde selbstredend mit der Hoffnung verbunden, die Regelung sei doch noch rückgängig zu machen. Im September des letzten Jahres hatten der Ratsvorsitzende der EKD, der badische Landesbischof *Klaus Engelhardt* zusammen mit dem Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz, dem Mainzer Bischof *Karl Lehmann*, in einem öffentlichen Brief an den Bundeskanzler diesen zum Einsatz gegen jede weitere Streichung von Feiertagen, zu deren Schutz als „kulturelles Gemeinschaftsgut“ aufgefordert. Daß aber der Buß- und Bettag in absehbarer Frist wieder zum bundesweit arbeitsfreien Feiertag wird – mag auch der bayerische Ministerpräsident, wie versprochen dafür eine Lanze brechen – ist derzeit realistischerweise wohl kaum zu erwarten.

Gleichwohl es abzuwarten gilt, wie sich dieses unerwartete Engagement für den Bußtag in den kommenden Jahren entwickelt: Dieses Mal auf je-

den Fall haben Christen durch ihre eigene Feiertagspraxis unterstrichen, wie wichtig ihnen dieser ist und haben dem Buß- und Bettag damit – durchaus registriert von der Öffentlichkeit – einen Bedeutungsgewinn verschafft. Umsonst zu betonen, daß gutbesuchte Gottesdienste die kirchliche Position bei der künftigen Diskussion um eine von ökonomischen Sachzwängen bedrohte Feiertagskultur von einer häßlichen Unterstellung etwas entlasten könnten – nämlich der des nur sturen Pochens auf angestammte Rechte.

Bei einigen Kirchenvertretern wurde der Buß- und Bettag überdies zum doppelten Anlaß der Gewissensprüfung. Selbstkritisch fragten sich etwa der bayerische Landesbischof *Hermann von Loewenich* und sein Berliner Amtskollege *Wolfgang Huber*, ob man wirklich rechtzeitig gegen die Streichung protestiert, dieses „unersetzliche Erinnerungszeichen“ entschieden genug verteidigt habe. In seinem Ratsbericht bei der Tagung der EKD-Synode in Herbst 1994 (HK, Dezember 1994, 643 f.) hatte Engelhardt betont: Es genüge nicht, vom Staat den gesetzlichen Schutz einzuklagen. Es bedürfe vielmehr der Verständigung darüber, was der Tag den Christen in Deutschland wert sei. „Wir können nur dann für seinen gesetzlichen Schutz eintreten, wenn wir ihn geistlich ehrlich begehen und der Versuchung zur billigen Buße widerstehen.“

Auch der im November letzten Jahres tagenden Synode der EKD (vgl. HK, Dezember 1995, 637 f.) war die „schmerzlich erlebte“ Streichung des Buß- und Bettags eine eigene Erklärung wert. Der Buß- und Bettag – eingerichtet, „weil wir die Besinnung auf unsere Schuld, die Kraft zur Umkehr und das Gespräch mit Gott brauchen“ – sei in gewissem Sinne vergleichbar mit anderen Zeichen und Symbolen: mit dem Kirchturm in Dorf und Stadt, dem Kreuz am Wegesrand und im Klassenzimmer, der Benennung Gottes in der Präambel des Grundgesetzes. Dabei verwies die Synode auch auf die bittere Ironie der Geschichte: Der Tag sei ausgerechnet in

dem Jahr verloren gegangen, „in dem wir der Befreiung aus den Konzentrationslagern, des Zusammenbruchs und Neuanfangs, der Stuttgarter Schuldenerklärung gedenken“. Der in seiner jetzigen Form auf die Initiative der Eisenacher Konferenz von 1852 zurückgehende einheitliche Buß- und Bettag, als Institution jedoch schon älter, hatte immer diese doppelte Dimension: nicht nur die der persönlichen Buße, sondern auch die des Schuldbekenntnisses des ganzen Volkes, einer ganzen Gesellschaft und Gemeinschaft.

Ob als Werktag oder Feiertag – der Buß- und Bettag stellt ein wichtiges Angebot dar, für dessen Erhalt beide Kirchen gemeinsam sich weiterhin unermüdlich einsetzen sollten. Dies verlangt eine Zeit, in der der Begriff Schuld gelegentlich ein eigentümlich irrales und anachronistisches Image zu haben scheint. Dieser Tag mag daran erinnern, daß wenn die Frage persönlicher Schuld vor allem über das tägliche Empfinden überkomplexer Verstrickungen und Zusammenhänge tendenziell immer mehr verdrängt wird, sie auch der Bewältigung und Bearbeitung entzogen wird. Er kann aber auch einer ganzen Gesellschaft Mahnung sein, die unter einen leichten Hang zur Selbstgerechtigkeit leidet. fo

## Fußangeln

*Unwegsamkeiten der Westparteien im Umgang mit der PDS*

Seit dem Ende der DDR gibt es die PDS. Sie ist deren greifbarstes politisches Erbe, wahrnehmbar auch für denjenigen, der von den Verhältnissen in den neuen Bundesländern höchstens eine ungefähre Ahnung hat und sich über den Seelenzustand der Menschen dort nicht einmal oberflächlich Rechenschaft gibt. Die PDS, eine Partei von zweifelhafter demokratischer Qualität, am Rande des Grundgesetzes agierend, in der Führung bestimmt von ehemali-

gen SED-Kadern aus dem zweiten und dritten Glied, nach außen repräsentiert von Persönlichkeiten mit geschmeidigem medialen Habitus, innen aber eine bunte Mischung aus Altkommunisten, DDR-Nostalgikern, postkommunistischen Gesinnungssozialisten und Vertretern unterschiedlicher eher autoritärer als revolutionärer Ordnungsvorstellungen von links und rechts, ist zur Sammelpartei aller derer geworden, die sich gegen die harten Zumutungen des Wandels auflehnen.

Als solche kann sie sich gezielt als Vertreter und Verstärker ostdeutscher Interessen gegen eine überwiegend wenig verständnisvolle westliche politische Klasse (und Bevölkerung) in Positur bringen. Weil sie über eine gute, noch eingespielte Logistik verfügt und die Schwierigkeiten des Wandels ohne Rücksicht auf gesamtdeutsche Belange artikulieren kann, geben ihr auch Wähler ihre Stimme, die ideologisch mit der SED-Nachfolgepartei wenig oder nichts verbindet.

Der Erfolg läßt sich an den Wahlergebnissen ablesen. Bei der Bundestagswahl 1994 konnte sie ihr Ergebnis gegenüber der ersten gesamtdeutschen Wahl fast verdoppeln (4,4 Prozent gegenüber 2,4 Prozent 1990). Bei den Landtagswahlen 1994 in den östlichen Bundesländern zeigte sich einheitlich derselbe Trend. Das Ergebnis der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus vom 22. Oktober 1995 mit einzelnen überragenden Mehrheiten für die PDS in östlichen Wahlbezirken fiel, was die Zuwächse betrifft, keineswegs aus dem Rahmen, bestätigte aber die Konstanz des Erfolges.

Bedenkt man die Tatsache, daß mit dem Sieg des Postkommunisten *Kwaśniewski* über *Lech Wałęsa* in Polen mit Ausnahme von Tschechien praktisch in allen osteuropäischen Reformstaaten von Bulgarien bis Litauen – von der russischen Föderation ganz zu schweigen – Postkommunisten regieren, dann ist der Erfolg der Gysis, Modrows und Biskys zwar bescheiden, aber mit der PDS wird weiter zu rechnen sein, unter den Bedingungen des geltenden Wahlrechts auch über 1998

hinaus. Und wohl nur Außenseiter denken an eine Änderung des Wahlrechts dergestalt, daß Parteien, die zwar Direktmandate gewinnen, aber gesamtdeutsch unterhalb der Fünf-Prozent-Klausel bleiben, nur die Gewinner der Direktmandate in den Deutschen Bundestag entsenden können.

Doch wie immer man die PDS politisch einordnet und ihre Überlebenschancen einschätzt, sie stellt auf jeden Fall ein beachtliches *Stör- und Spielpotential* in der gesamtdeutschen Parteienlandschaft dar, auch wenn ihr Aktionsradius fast ganz auf die östlichen Länder beschränkt bleibt.

Die meisten Schwierigkeiten macht die PDS der SPD. Die SPD ist im Osten schwach und im Westen nicht stark. In den neuen Bundesländern ist die PDS vor allem *ihr* Konkurrent. Was also tun, sie ausgrenzen oder sich ihr annähern, sich gar mit ihr verbünden, wenn man sie schlagen nicht kann? Im ersten Fall wird man den lästigen Konkurrenten nie los werden und macht sich selbst zur „ewigen“ Minderheitspartei; im zweiten Fall droht Spaltung im eigenen Lager – zumindest im Osten. Dies bemerkend ist *Oskar Lafontaine* nach wenigen Wochen seiner forschen Annäherungsstrategie auch schon wieder beträchtlich vorsichtiger geworden. Und selbst der mit seiner rot-grünen Minderheitskoalition von der PDS abhängige sachsen-anhaltinische Ministerpräsident *Höppner* warnt inzwischen vor möglichen Bündnissen. Und die CDU? Sie hat es scheinbar leichter, aber eben nur scheinbar. Ihre bisherige entschiedene Ausgrenzungsstrategie hat die Union zumindest im Westen eher gestärkt als geschwächt; die Erfolge der PDS im Osten gehen vorwiegend auf Kosten der SPD, um so deutlicher behauptet die CDU ihre relative Mehrheit auch in den neuen Bundesländern.

Doch auch für die Union hält die PDS gefährliche Fußangeln bereit. Die inzwischen stabilisierte relative Mehrheit der CDU in den östlichen Bundesländern würde der Union im Falle einer Annäherung von SPD und PDS wenig nützen. Sieht man vom Sonder-

fall Sachsen ab, wo PDS und SPD selbst zusammen und auch lokal, wie die letzten Kreis- und Gemeindewahlen zeigen, kaum einen Blumentopf zu holen vermögen, könnte die CDU über kurz oder lang aus sämtlichen heute noch von ihr geführten Landesregierungen ausscheiden müssen.

Nicht minder groß wäre der Terrainverlust in den Kommunen. Die gesamtdeutschen Auswirkungen für die CDU wären angesichts ihrer relativen Schwächen in den westlichen Bundesländern katastrophal. Deswegen wird die Union dreimal nachrechnen müssen, ob sie es sich leisten kann, die PDS durch eine harte Ausgrenzungsstrategie als östliche „Milieu-Partei“ weiter aufzuwerten. Östliche CDU-Politiker, von *Kurt Biedenkopf* über den Magdeburger Oppositionsführer *Berger* bis *Angela Merkel*, werden denn auch nicht müde, die CDU im Westen zu mehr inhaltlicher Auseinandersetzung mit der PDS zu mahnen.

In der Tat täten beide Großparteien gut daran, weniger nur taktisch zu agieren und dafür stärker die möglichen langfristigen Entwicklungen im Auge zu behalten. Konzentrieren sich beide, SPD und Union, darauf, die durch die vielen Lasten des Umbruchs verunsicherten Menschen im Osten, die in der PDS einen natürlichen Anwalt gegen westliche Gedankenlosigkeit und Arroganz sehen, davon zu überzeugen, daß sie falschen Schmalmeien erliegen und daß die PDS trotz des intellektuellen Outfits eines *Gregor Gysi* zur Lösung der Übergangsprobleme im Osten wenig beitragen kann, wird sich auch der Eindruck, den sie z. Z. auf die Wähler macht, bald verflüchtigen, und die Mehrheitsverhältnisse im Osten können sich neu ordnen.

Dies diene nicht nur der Stabilisierung des deutschen Parteiensystems, sondern noch mehr der inneren Vereinigung Deutschlands. Denn *Kurt Biedenkopf* hat schon recht, wenn er feststellt, der Erfolg der PDS sei nicht zuletzt „das Ergebnis der Art, wie Westdeutsche mit Ostdeutschen umgehen“.